LANDESSOZIALGERICHT NIEDERSACHSEN-BREMEN

L 4 KR 7/04

S 6 KR 155/00 (Sozialgericht Braunschweig)

Zugestellt am 30.11.2005

Bölke, Justizangestellte

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

In dem Rechtsstreit

A.,

Klägerin und Berufungsklägerin,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtssekretäre B.,

g e g e n

Innungskrankenkasse Niedersachsen,
Echternstraße 30-32, 38100 Braunschweig,

Beklagte und Berufungsbeklagte,

b e i g e l a d e n :

1. Volkshochschule (VHS) C.,
2. Deutsche Rentenversicherung Bund, Ruhrstraße 2, 10709 Berlin,
3. Innungskrankenkasse Niedersachsen - Pflegekasse -,
Echternstraße 30-32, 38100 Braunschweig,
4. Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch das vorsitzende Mitglied der
Geschäftsführung der Regionaldirektion Niedersachsen - Bremen,
Altenbekener Damm 82, 30173 Hannover,

hat der 4. Senat des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen
ohne mündliche Verhandlung am 16. November 2005 in Celle
durch die Richterin Schimmelpfeng-Schütte – Vorsitzende -,
den Richter Schreck, die Richterin Poppinga
sowie die ehrenamtlichen Richterinnen Schweifel-Mero und Sand

für Recht erkannt:

Die Berufung wird zurückgewiesen.

Kosten sind nicht zu erstatten.

TATBESTAND

Streitig ist zwischen den Beteiligten die Versicherungspflicht der Klägerin auf Grund abhängiger Beschäftigung in allen Zweigen der Sozialversicherung.

Die im Dezember 1967 geborene Klägerin studierte von 1986 bis 1995 an der Universität in Braunschweig Anglistik und Romanistik mit dem Abschluss Magister artium. Als Berufsziel strebte die Klägerin den Beruf der Übersetzerin an.

Nach Beendigung ihres Studiums war die Klägerin zunächst in einigen Nebenjobs tätig, dann arbeitslos und bezog schließlich ein Jahr lang Sozialhilfe. Das Sozialamt vermittelte der Klägerin im Rahmen des Programms Hilfe zur Arbeit eine Tätigkeit als pädagogische Mitarbeiterin bei der Volkshochschule D. GmbH, der Beigeladenen zu 1). Dabei handelte es sich um eine versicherungspflichtige Beschäftigung, die vom 1. März 1998 bis 28. Februar 1999 befristet war.

Gegen Ende der befristeten Beschäftigung erhielt die Klägerin das Angebot, ab dem 1. März 1999 bei der Beigeladenen zu 1) im Bereich Deutsch als Fremdsprache als Dozentin tätig sein zu können, weil die Zahl der Anmeldungen für die Kurse stark angestiegen war. Die Tätigkeit umfasste 5 Stunden pro Tag und 25 Stunden in der Woche, gleich 100 Stunden im Monat. Die Klägerin war seitdem bei der Beklagten freiwillig krankenversichert und bei der Beigeladenen zu 3) freiwillig pflegeversichert.

Die Beigeladene zu 2) übersandte der Klägerin im Juni 1999 einen Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung. Darin gab die Klägerin an, dass sie als Kursleiterin bei voller Stundenzahl ca. 3.500,- DM monatlich erhalte. Das Entgelt von 35,- DM pro Stunde erhalte sie nur, wenn sie auch tatsächlich arbeite. Bei Krankheit oder Urlaub werde kein Entgelt gezahlt. Sie sei in den Betrieb der Volkshochschule dahingehend eingebunden, dass sie an Konferenzen teilnehmen, am angebotenen Programm Deutsch als Fremdsprache mitarbeiten und an Fortbildungen teilnehmen müsse.

Die Beigeladene zu 1) gab gegenüber der Beklagten an, dass die Klägerin ihre Tätigkeit als Dozentin als freie Mitarbeiterin ausübe. Sie, die Beigeladene zu 1) stelle lediglich den

Rahmen für diese Tätigkeit. Der Unterrichtsinhalt und die Methoden, mittels derer den Kursteilnehmern die Kenntnisse vermittelt würden, bestimme der Dozent jeweils selbst. Honorar werde nur für tatsächlich erbrachte Leistungen gewährt.

Mit Bescheid vom 18. Januar 2000 stellte die Beklagte fest, dass die Klägerin in ihrer Tätigkeit als Dozentin bei der Beigeladenen zu 1) keine abhängige Beschäftigung ausübe. Ob eine Versicherungspflicht in der Rentenversicherung nach § 2 Satz 1 Nr. 9 Sozialgesetzbuch –Sechstes Buch- (SGB VI) bestehe, sei von der Beigeladenen zu 2) in eigener Zuständigkeit zu prüfen.

Mit ihrem am 15. Februar 2000 erhobenen Widerspruch machte die Klägerin geltend, ihre Tätigkeit weise alle Merkmale einer abhängigen Beschäftigung auf. Die von ihr durchgeführten Intensivkurse Deutsch als Fremdsprache seien nach festen Vorgaben auszuführen, von denen nicht abgewichen werden dürfe. Insbesondere würden auch die Unterrichtsmaterialien nicht von der Klägerin gefertigt, sondern seien genau vorgegeben. Der zeitliche Umfang der Tätigkeit sei als Vollbeschäftigung zu betrachten. Bei wertender Betrachtung müsse davon ausgegangen werden, dass eine Scheinselbständigkeit gegeben sei.

Die Beklagte wies den Widerspruch der Klägerin mit Bescheid vom 15. September 2000 zurück. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung werde in Bezug auf die Versicherungspflicht von Lehrkräften danach unterschieden, ob sie an allgemeinbildenden Schulen oder an Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen, Fachschulen, Volkshochschulen, Musikschulen oder sonstigen Bildungseinrichtungen tätig seien. Lehrer an allgemein bildenden Schulen seien danach regelmäßig in abhängiger Beschäftigung tätig, während die Dozenten an den anderen Einrichtungen in der Regel im Rahmen einer freien Mitarbeit tätig würden. Die Beschäftigung der Klägerin bei der Beigeladenen zu 1) weise keine Besonderheit auf, die ein Abweichen von dieser Differenzierung erforderlich mache.

Mit ihrer am 26. September 2000 erhobenen Klage hat die Klägerin geltend gemacht, dass die Deutschkurse für Ausländer außerhalb des normalen Volkshochschulprogramms angesiedelt seien. Sie sei mit der Tätigkeit in den Intensivkursen voll ausgelastet und könne daneben andere Tätigkeiten nicht ausführen. Alles spreche dafür, dass sie als Scheinselbständige zu betrachten sei. Die Beigeladene zu 1) hat im Klageverfahren einen an sie gerichteten Bescheid der Beigeladenen zu 2) betreffend den Versicherungsstatus einer Kollegin der Klägerin vom 7. August 2002 vorgelegt, wonach diese Tätigkeit nicht in abhängiger Beschäftigung ausgeübt werde.

Das Sozialgericht (SG) Braunschweig hat die Klage durch Urteil vom 2. Dezember 2003 abgewiesen. Bei abhängiger Beschäftigung handele es sich um die nicht selbständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Anhaltspunkte dafür seien eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers. Demgegenüber sei eine selbständige Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im wesentlichen freigestellte Tätigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Die Unterscheidung hänge davon ab, welche Merkmale überwiegen. Maßgebend sei stets das Gesamtbild der Arbeitsleistung.

Unter Berücksichtigung dieser Kriterien sprächen mehr Merkmale für eine selbständige Tätigkeit der Klägerin. Insbesondere sei zwischen der Klägerin und der Beigeladenen zu 1) kein Arbeitsvertrag abgeschlossen worden. Die Klägerin erhalte von der Beigeladenen zu 1) nach Maßgabe der vorhandenen Anmeldungen für die jeweils acht Wochen dauernden Kurse das Angebot, in diesen Kursen den Teilnehmern Kenntnisse in der deutschen Sprache zu vermitteln. Andere Aufgaben als die, die im direkten Zusammenhang mit der Abhaltung der Intensivkurse stünden, habe die Klägerin nicht zu verrichten gehabt. Sie sei auch nicht verpflichtet gewesen, andere Kurse abzuhalten, auch nicht vertretungsweise. Sie erhalte die Vergütung nur für die abgeleisteten Stunden. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder regelmäßiger Urlaub seien nicht vereinbart.

Gegen dieses ihren Bevollmächtigten am 5. Januar 2004 zugestellte Urteil hat die Klägerin am 16. Januar 2004 Berufung eingelegt. Ihre Tätigkeit unterscheide sich nicht von der Tätigkeit von angestellten Lehrkräften. Immerhin werde sie nun schon seit 1999 ununterbrochen von der Beigeladenen beschäftigt. Raum für andere Tätigkeiten bleibe nicht. Sie sei daher in jeder Hinsicht von der Beschäftigung bei der Beigeladenen zu 1) abhängig.

Die Klägerin beantragt,

1. das Urteil des Sozialgerichts Braunschweig vom 2. Dezember 2003 sowie den Bescheid der Beklagten vom 18. Januar 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15. September 2000 aufzuheben;
2. festzustellen, dass das Vertragsverhältnis der Klägerin mit der Beigeladenen zu 1) ab März 1999 eine abhängige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie macht geltend, dass die Beigeladene zu 2) in Bezug auf eine Kollegin der Klägerin, die ebenfalls bei ihr im Rahmen Deutsch als Fremdsprache tätig sei, festgestellt habe, dass keine abhängige Beschäftigung vorliege. Auch unter Berücksichtigung der höchst-richterlichen Rechtsprechung sehe sie sich in ihrer Entscheidung bezogen auf die Klä-gerin bestätigt.

Die Beigeladenen zu 1), 2) und 4) haben keine eigenen Anträge gestellt und sich zur Sa-che nicht geäußert.

Die Beigeladene zu 3) unterstützt das Vorbringen der Beklagten.

Der Senat hat den Sachverhalt durch seine Berichterstatteerin in einem Erörterungstermin am 25. Juli 2005 weiter aufgeklärt. Wegen der Einzelheiten der Bekundungen wird auf die Niederschrift vom gleichen Tage Bezug genommen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und den Inhalt des beigezogenen Verwaltungsvor-ganges der Beklagten Bezug genommen.

ENTSCHEIDUNGSGRÜNDE

Der Senat konnte mit Einverständnis aller Beteiligten ohne mündliche Verhandlung ent-scheiden (§ 124 Abs 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG)).

Die gemäß §§ 143 und 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG statthafte Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt worden, mithin zulässig.

Sie ist unbegründet.

Der von der Klägerin gestellte Feststellungsantrag ist darauf gerichtet, ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis festzustellen. Dabei handelt es sich um eine zulässige Feststel-lungsklage nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG, wonach mit der Klage die Feststellung des Be-

stehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses begehrt werden kann. Die Klägerin hat ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung, weil damit auch über ihre Versicherungspflicht in allen Zweigen der Sozialversicherung und über ihren Status entschieden wird.

Nach § 28 h Abs. 2 Sozialgesetzbuch –Viertes Buch- (SGB IV) entscheidet die Einzugstelle über die Versicherungspflicht und Beitragshöhe in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung; sie erlässt auch den Widerspruchsbescheid. Zuständige Einzugstelle ist nach § 28 i Abs. 1 Satz 1 SGB IV die Krankenkasse, von der die Krankenversicherung durchgeführt wird. Das ist hier die Beklagte, die demnach zuständigkeithalber den angefochtenen Bescheid vom 18. Januar 2000 und den Widerspruchsbescheid vom 15. September 2000 erlassen hat.

Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind, unterliegen in der Kranken-, der Pflege-, der Renten- und der Arbeitslosenversicherung der Versicherungspflicht (§ 5 Abs 1 Nr 1 Sozialgesetzbuch – Fünftes Buch – (SGB V), § 20 Abs 1 Satz 2 Nr 1 Sozialgesetzbuch – Elftes Buch – (SGB XI), § 1 Satz 1 Nr 1 Sozialgesetzbuch – Sechstes Buch – (SGB VI) und § 25 Abs 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch – Drittes Buch – (SGB III). Beurteilungsmaßstab für das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung ist § 7 Abs 1 Satz 1 SGB IV.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) setzt eine Beschäftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persönlich abhängig ist. Bei einer Beschäftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der Beschäftigte in den Betrieb eingegliedert ist und er dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausführung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Demgegenüber ist eine selbständige Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand abhängig beschäftigt oder selbständig tätig ist, hängt davon ab, welche Merkmale überwiegen. Maßgebend ist stets das Gesamtbild der Arbeitsleistung. Weichen die Vereinbarungen von den tatsächlichen Verhältnissen ab, geben letztere den Ausschlag (vgl. BSG, Urteil vom 12. Februar 2004, B 12 KR 26/02 R, Umdruck Seiten 4 und 5 mwN).

Das BSG hat in dem zitierten Urteil bezogen auf den Beruf des Lehrers erläutert, dass die Gesetzgebung zur Sozialversicherung selbst anerkenne, dass er sowohl in Form abhängiger Beschäftigung als auch in Form selbständiger Tätigkeit ausgeübt werden könne. In der Rechtsprechung des BSG seien demgemäß Lehrer je nach den Umständen

des Einzelfalles selbständig Tätige (Volkshochschuldozentin , Lehrbeauftragter an einer Fachhochschule, Lehrbeauftragter an einer Universität) oder als abhängig Beschäftigte angesehen worden (Musiklehrerin an einer Pädagogischen Hochschule) (vgl. BSG aaO, Umdruck Seite 5).

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) habe sich in zahlreichen Entscheidungen mit der Frage befasst, ob Lehrer und Dozenten Selbständige oder Arbeitnehmer seien. Es habe entscheidend darauf abgestellt, wie intensiv die Lehrkraft in den Unterrichtsbetrieb eingebunden sei und in welchem Umfang sie den Unterrichtsinhalt, die Art und Weise seiner Erteilung, ihre Arbeitszeit und die sonstigen Umstände der Dienstleistung mitgestalten könne. Für Lehrkräfte außerhalb von Universitäten und Hochschulen habe das BAG diese Grundsätze wie folgt konkretisiert: Diejenigen, die an allgemeinbildenden Schulen unterrichteten, seien in der Regel Arbeitnehmer, auch wenn sie ihren Unterricht nebenberuflich erteilten. Dagegen könnten Volkshochschuldozenten, die außerhalb schulischer Lehrgänge unterrichteten, als freie Mitarbeiter beschäftigt sein, auch wenn es sich bei ihrem Unterricht um aufeinander abgestimmte Kurse mit vorher festgelegtem Programm handele (vgl. BSG, aaO, Umdruck Seiten 5 und 6, mwN). Der erkennende Senat hält diese Abgrenzungskriterien für überzeugend und sieht daher keine Veranlassung von ihnen abzuweichen.

Das SG und die Beklagte haben unter Zugrundelegung vorstehender Kriterien zutreffend entschieden, dass die Klägerin in ihrer Tätigkeit als Dozentin in den Intensivkursen Deutsch als Fremdsprache bei der Beigeladenen zu 1) nicht abhängig beschäftigt ist.

Die Ermittlungen haben ergeben, dass die Intensivkurse Deutsch als Fremdsprache von der Beigeladenen zu 1) in unterschiedlichen Stufen in einem achtwöchigen Rhythmus von Montag bis Freitag vormittags oder nachmittags vierstündig veranstaltet werden. Neben der deutschen Sprache werden keine anderen Kenntnisse vermittelt, so dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass es sich um einen schulischen Lehrgang im Sinne des BAG handelt. Die Art der ausgeübten Tätigkeit spricht daher für eine freie Mitarbeit.

Die Klägerin hat erläutert, dass ihre jeweilige Beauftragung durch die Beigeladene zu 1) davon abhängt, dass für die Kurse genügend Anmeldungen vorliegen. Das Dozenten-team, das diesen Kursbereich betreue, bestehe aus 12 beziehungsweise jetzt 16 Personen. In Krankheitsfällen oder wenn sonstige Vakanzen zu überbrücken seien, sei die Vertretung von den Mitgliedern des Teams untereinander abzustimmen. Das gelte auch für eventuelle Urlaubspläne, die unter Berücksichtigung der Kursabläufe nur in 4- oder 8-

Wochenzeiträumen durchgeführt werden könnten. Von den traditionellen Abendkursen der Volkshochschule unterscheidet sich ihre Tätigkeit erheblich. Sie gebe den jeweiligen Deutschkurs gemeinsam mit einer anderen Lehrkraft in einer besonders intensiven Form des sogenannten Teamteachings. Dies bringe die Notwendigkeit mit sich, dass sie ihre Tätigkeit stark absprechen müssten. Daneben fielen seit Jahresbeginn auch Nebenarbeiten an, die darin beständen, dass Anwesenheitslisten nicht nur für die Beigeladene zu 1) zu führen seien, sondern auch für das zuständige Ministerium. Ferner seien die Entschuldigungen für Abwesenheiten zu überprüfen.

Vergütung werde nur für die tatsächlich abgeleisteten Stunden gewährt. Bis 2002 sei die Teilnahme an Konferenzen und Übergabebesprechungen gesondert vergütet worden. Seitdem sei die Vergütung für die Unterrichtsstunden erhöht worden, während für die Teilnahme an Konferenzen keine gesonderte Vergütung mehr gezahlt werde. Dies gelte auch für den Zeitaufwand, der für die Beratung und sozialpädagogische Unterstützung der Kursteilnehmer anfalle. Nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 habe sich die Anzahl der Teilnehmer aus dem Kreise der Migranten an den Kursen stark erhöht und damit auch der in diesem Zusammenhang anfallende Zeitbedarf. Ferner werde seitens der Beigeladenen zu 1) erwartet, dass sie an Fortbildungen teilnehme, um Zertifikate zu bekommen, die sie zur Abnahme der im Rahmen der Kurse ermöglichten, Prüfungen der Kursteilnehmer abnehmen zu können.

Dagegen sei sie nicht verpflichtet, in anderen Kursen vertretungsweise einzuspringen, die von der Beigeladenen zu 1) veranstaltet werden.

Diese Bekundungen machen deutlich, dass zwischen der Klägerin und der Beigeladenen zu 1) ein Arbeitsvertrag nicht bestanden hat. Vereinbart sind lediglich die Vergütung pro Kursstunde und die ganz allgemeinen Umstände der Tätigkeit, wie Inhalt der Kurse und deren Veranstaltungsort, Prüfungen usw. Dagegen wird das Ausmaß der Tätigkeit der Klägerin im achtwöchigen Rhythmus der veranstalteten Kurse jeweils nach dem anfallenden Bedarf, der von der Zahl der Anmeldungen abhängig ist, festgelegt. Bestimmungen über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Umfang des zustehenden Jahresurlaubs gibt es nicht. Die Klägerin trägt damit ein nicht unerhebliches Unternehmerrisiko, weil der Umfang ihrer Tätigkeit auch die Höhe der Vergütung bestimmt. Soweit sich beispielsweise gesetzliche Rahmenbedingungen für den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse von Migranten ändern und sich die Nachfrage nach den Kursen reduzieren sollte, wäre dies nicht das Risiko der Beigeladenen zu 1), sondern der Klägerin.

Die Tatsache, dass die Klägerin nicht verpflichtet werden kann, in anderen von der Beigeladenen zu 1) veranstalteten Kursen vertretungsweise einzuspringen, unterscheidet ihre Tätigkeit wesentlich von der Tätigkeit abhängig beschäftigter Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, die jederzeit zu Vertretungsstunden herangezogen werden können. Dieser Umstand und die Tatsache, dass die Klägerin und das übrige Team bei auftretenden Vakanzen selbständig für die Vertretung zu sorgen haben, machen deutlich, dass eine Weisungsgebundenheit an die Beigeladene zu 1) nicht in einem solchen Ausmaß besteht, wie sie üblicherweise im Rahmen eines durch Arbeitsvertrag geregelten abhängigen Beschäftigungsverhältnis gegeben ist. Soweit die Klägerin erwähnt hat, dass im Zusammenhang mit dem Unterricht gelegentlich auch beratende Kontakte mit den Kursteilnehmern stattfinden, erscheint das Ausmaß dieser Tätigkeit nicht so groß, dass die Tätigkeit davon in nachhaltigem Maße geprägt wird.

Die Prokuristin der Beigeladenen zu 1) hat zur Struktur der Beigeladenen zu 1) angegeben, dass sie im Verwaltungsbereich Stammpersonal in einer Größenordnung von ca. 30 Personen beschäftigt. Ferner gebe es etwa 30 weitere versicherungspflichtige Beschäftigte, die zeitlich begrenzt auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder auf Grund von Förderprogrammen beschäftigt seien. Die Kurse würden von 480 bis 500 freiberuflichen Lehrkräften betreut.

Dies zeigt auf, dass die Tätigkeit der Klägerin im wesentlichen nicht von den Tätigkeiten abweicht, wie sie üblicherweise von Volkshochschuldozenten verrichtet werden. Die von der Klägerin geltend gemachten besonderen Umstände ihrer Tätigkeit beruhen nach Auffassung des Senates nicht auf einer besonderen Weisungsabhängigkeit von der Beigeladenen zu 1), sondern auf den Besonderheiten im Zusammenhang des Kurses Deutsch als Fremdsprache.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Es hat keine Veranlassung bestanden, die Revision zuzulassen.

RECHTSMITTELBELEHRUNG UND ERLÄUTERUNG ZUR PROZESSKOSTENHILFE I. RECHTSMITTELBELEHRUNG

Dieses Urteil kann nicht mit der Revision angefochten werden, weil sie gesetzlich ausgeschlossen und vom Landessozialgericht nicht zugelassen worden ist.

Gegen dieses Urteil steht den Beteiligten die Revision nur zu, wenn sie nachträglich vom Bundessozialgericht zugelassen wird. Zu diesem Zweck kann die Nichtzulassung der Revision durch das Landessozialgericht mit der Beschwerde angefochten werden.

Die Beschwerde ist von einem bei dem Bundessozialgericht zugelassenen Prozessbevollmächtigten **innerhalb eines Monats** nach Zustellung des Urteils schriftlich beim Bundessozialgericht, 34114 Kassel, einzulegen. Die Beschwerdeschrift muss bis zum Ablauf der Monatsfrist beim Bundessozialgericht **eingegangen sein**.

Als Prozessbevollmächtigte sind nur zugelassen:

- a) die Mitglieder und Angestellten von Gewerkschaften, von selbstständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial - oder berufspolitischer Zwecksetzung, von Vereinigungen von Arbeitgebern, von berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft und von in § 14 Abs. 3 Satz 2 SGG genannten Vereinigungen, die kraft Satzung oder Vollmacht zur Prozessvertretung befugt sind,
- b) Personen, die als Angestellte juristischer Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der vorgenannten Organisationen stehen, handeln, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozessvertretung der Mitglieder der Organisation entsprechend deren Satzung durchführt und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet,
- c) jeder bei einem deutschen Gericht zugelassene Rechtsanwalt.

Behörden, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie private Pflegeversicherungsunternehmen brauchen sich nicht durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Die Beschwerde ist innerhalb von **zwei Monaten** nach Zustellung des Urteils von einem zugelassenen Prozessbevollmächtigten - bei Behörden sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts auch durch einen bevollmächtigten Bediensteten - schriftlich zu begründen.

In der Begründung muss

- die grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache dargelegt
- oder die Entscheidung des Bundessozialgerichts, des gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes
- oder des Bundesverfassungsgerichts, von der das Urteil abweicht
- oder ein Verfahrensmangel, auf dem die angefochtene Entscheidung beruhen kann, bezeichnet werden.

Als Verfahrensmangel kann eine Verletzung der §§ 109 und 128 Abs. 1 Satz 1 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) nicht und eine Verletzung des § 103 SGG nur gerügt werden, soweit das Landessozialgericht einem Beweisantrag ohne hinreichende Begründung nicht gefolgt ist.

Ist das Urteil **im Ausland** zuzustellen, so gilt **anstelle** der oben genannten Monatsfrist eine Frist von **drei Monaten**. An die Stelle der Frist von zwei Monaten zur **Beschwerdebegründung** tritt eine Frist von **vier Monaten**.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR PROZESSKOSTENHILFE

Für die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision kann ein Beteiligter, der nicht schon durch einen Bevollmächtigten der unter I. a und b genannten Gewerkschaften, Vereinigungen oder juristischen Personen vertreten ist, Prozesskostenhilfe zum Zwecke der Beiordnung eines Rechtsanwalts beantragen.

Der Antrag kann von dem Beteiligten persönlich gestellt werden; er ist beim Bundessozialgericht entweder schriftlich einzureichen oder mündlich vor dessen Geschäftsstelle zu Protokoll zu erklären. Die Hausanschrift des Bundessozialgerichts lautet: Graf-Bernadotte-Platz 5, 34119 Kassel.

Dem Antrag sind eine Erklärung des Beteiligten über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Familienverhältnisse, Beruf, Vermögen, Einkommen und Lasten) sowie entsprechende Belege beizufügen; hierzu ist der für die Abgabe der Erklärung vorgeschriebene Vordruck zu benutzen. Der Vordruck kann von allen Gerichten und ggf. durch den Schreibwarenhandel bezogen werden.

Der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse - ggf. nebst entsprechenden Belegen - müssen bis zum Ablauf der Frist für die Einlegung der Beschwerde (ein Monat nach Zustellung des Urteils im Inland, drei Monate nach Zustellung des Urteils im Ausland) beim Bundessozialgericht eingegangen sein.

Mit dem Antrag auf Prozesskostenhilfe kann ein zur Vertretung bereiter Rechtsanwalt benannt werden.

Ist dem Beteiligten Prozesskostenhilfe bewilligt worden und macht er von seinem Recht, einen Rechtsanwalt zu wählen, keinen Gebrauch, wird auf seinen Antrag der beizuordnende Rechtsanwalt vom Bundessozialgericht ausgewählt.

Schimmelpfeng-Schütte

Schreck

Poppinga

Der Beschwerdeschrift und allen folgenden Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Das Bundessozialgericht bittet darüber hinaus um je zwei weitere Abschriften.